Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846
1846

123 (31.3.1846)

Visual Library

Wochenblatt (LI)
als Fortsetzung der
Die Landtagszeitung besteht aus einem Abonnement von 150 Nummern und kostet 3 fl. 48 kr. Durch die Post bezogen 4 fl. 48 kr. für Baden.

Landtags-Zeitung.

Man abonnirt bei dem nächstgelegenen Postamte, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 123.] Karlsruhe 1846. [31. März]

Herausgegeben von Karl Mathy. — Redigirt von Karl Stein. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Rundschau.

Vom 28. März.

Die Süddeutsche (Nr. 55) verliert die Fassung und schüttet das Kind mit dem Bade aus. Aufgeregt durch die Trauerbotschaft, daß sogar in Italien, im Großherzogthum Toscana, die Jesuiten allgemein verabscheut werden, und getroffen von der Wahrnehmung, daß diese Kunde, welche die Süddeutsche sorgfältig verheimlicht hatte, durch das Mannheimer Journal in Baden verbreitet worden ist, ruft sie aus:

„Weil aber die badischen radikalen Blätter, zu welchen sich hier (und dort) selbst die Karlsruher Zeitung gesellt, nicht ermüden, alltäglich den Orden der Jesuiten zu schmähen, so erklären wir ganz offen, daß die Redactionen und Mitarbeiter dieser Zeitungen, mit ihren in Allem, vorzugsweise aber im Kirchlichen verwahrlosten Kenntnissen gar nicht im Stande sind, diesen großartigen Orden in seinen weltgeschichtlichen Leistungen nur zu würdigen. Hiezu gehört ein anderes Geschirr (ein wälsches)." —

Durch diese unvorsichtige Erklärung wird sich die Süddeutsche einen derben Verweis von ihren Oberen zuziehen. In dem ersten Artikel derselben Nummer nennt sie die Jesuiten „ein selbstgemachtes Phantom der Liberalen," läugnet also ihr Dasein, ein Kunstgriff, den die Jesuiten immer anwenden, so lange sie leise auftreten müssen; unmittelbar darauf — fällt sie den Jesuiten zu Füßen und adorirt sie. So unvorsichtig waren die alten Jesuiten nicht, gegen welche die neuen nur Stümper sind. Den Vorwurf der Unwissenheit macht die Süddeutsche den liberalen Zeitungen nicht im Ernste, denn das Verdrießliche für sie besteht nicht darin, daß die Deutschen zu wenig, sondern daß sie so viel von dem „großartigen" Orden wissen, daß täglich neue Schriften erscheinen, worin derselbe geschildert wird, wie er war, ist und sein wird; daß insbesondere der „Ewige Jude" von Eugene Sue in so vielen wohlfeilen Uebersetzungen umläuft. Den Artikel aus Livorno über die Abneigung der vernünftigen Bewohner von Toscana gegen die Jesuiten hat das „unwissende" Mannheimer Journal nicht erfunden, sondern aus französischen Blättern übersetzt. Die Franzosen fühlen sich nämlich ganz glücklich, seit die Regierung ernstlich angefangen hat, die Jesuiten fortzujagen. Wenn die Süddeutsche berichtigt, daß die Bewegung in Pisa nicht gegen den Orden der barmherzigen Schwestern, sondern gegen die Schwesterschaft zum heiligen Herzen Jesu gerichtet sei, so ist das gleichgültig. Das aber dürfte sich die Süddeutsche endlich merken, daß für ihren großartigen Orden in Deutschland kein Waizen blüht, eben weil die Deutschen seine „weltgeschichtlichen Leistungen" kennen und zu würdigen verstehen. Das größte Unglück, was Deutschland je betroffen, der dreißigjähige Krieg, ist ihnen von den Jesuiten gekommen, die sich auch heute nicht bedenken würden, zehn Millionen Deutsche dem Moloch ihrer Herrschgier zu opfern. Allein Deutschland hat seine bitteren Erfahrungen nicht vergebens gemacht. Es kennt den großartigen Orden aus seinen ersten Regungen, Haß und Zwietracht unter Brüdern zu säen, um die süße Frucht der Herrschaft zu ärndten. Sie haben in Baden das Wahlfeuer geschürt und sich in Wonneträumen gewiegt; möchten sie in allen deutschen Landen so geschlagen werden wie bei den badischen Wahlen! —

Durch ihren unvorsichtigen Artikel über die Bewegung gegen die Jesuiten in dem aufgeklärten Toscana würde die Süddeutsche alle Wirkung ihres vorausgehenden Aufsatzes „Ultramontane und Jesuiten" zerstört haben, wenn sie es nicht schon durch den Schluß dieses Aufsatzes selbst gethan hätte. Der ganze Aufsatz soll nämlich dazu dienen, die Süddeutsche wieder bei dem Ministerium zu empfehlen, da es ihr doch nicht gelungen ist, dasselbe zu stürzen. Zu diesem Behufe kleidet sie sich in ein konstitutionelles Gewand, lobt die Verfassung und Alles, was ihr in der Seele zuwider ist. Das ist ganz in der Ordnung; sie macht gute Miene zum bösen Spiel. Aber der Schluß! —

„Was soll man dazu sagen, daß die Zeitung unserer Residenz, daß die Karlsruher Zeitung den Blättern der

radikalen Seite hierin (in der Abneigung gegen die Jesuiten) nachfolgt? Wir halten dieses Verfahren, den Namen eines geistlichen Ordens der katholischen Kirche zu einem Schmähwort und zu einem politischen Parteinamen und noch dazu für eine erdichtete Partei (die Süddeutsche erklärt sich also für eine Erdichtung!) zu machen, wenn auch nicht für neu — bei dem Straßentumult in Leipzig und bei den Schweizerhändeln ist dasselbe geschehen (also die Jesuiten in Luzern sind auch erdichtet) — aber für eine Zeitung von dieser Stellung und in einem Lande wie das unsere für ganz unschicklich, ja für unwürdig."

O, Süddeutsche! Das ist nicht der Weg, sich bei dem Ministerium zu empfehlen, wenn man die Karlsruher Z. so arg auszankt, und sich selbst lächerlich macht, indem man seine eigene süddeutsche Wirklichkeit, sammt den Bundesgenossen in Luzern, für Erdichtungen erklärt. Man verwechselt ja die einfachsten grammatischen Begriffe, Subject und Object, wenn man glaubt, man sei selbst eine Erdichtung, weil man so Vieles erdichtet. Ruhe — Süddeutsche — Fassung, Selbstbeherrschung, — sonst gehts nicht gut.

— Im Jahre 1842 war Streit zwischen Mannheim und Heidelberg über die Richtung der Main-Neckarbahn. Der Streit wurde zu Ungunsten beider Theile mitten durch für Friedrichsfeld entschieden. In einem Aufsatze, der in den „konstitutionellen Jahrbüchern" erschien, hatte sich Mathy mißbilligend gegen das Votum der Abgeordneten von Heidelberg ausgesprochen. Diese erwiderten in einer Erklärung, unterzeichnet: Bissing, Posselt, Züllig. Das gute Einverständniß war übrigens bald wieder hergestellt, und Mathy unterließ es, zu erwidern. Diesen drei Jahre alten, vorübergehenden Handel frischt die Süddeutsche auf, um ein falsches Licht auf Mathy zu werfen. Die Herren Posselt und Züllig sind inzwischen gestorben, Bissing und Mathy stehen auf freundschaftlichem Fuße. Die Süddeutsche sammt ihrem Jesuitismus aber glaubt dem Letzteren durch die aufgewärmte Geschichte in Konstanz schaden zu können! — Die Konstanzer Niederlage geht ihr sehr nahe; ihre Verblendung geht daher sehr weit. In ihrer „edeln Sprache" nennt sie Mathy einen „politischen und religiösen Mustereiter" (doch kein wälscher), einen „Stabhalter des politischen und religiösen Unsinns," und sagt, er habe einen Anflug von tadelhaftem Charakter. Einen Charakter, den die Süddeutsche lobenswerth fände, möchte er um keinen Preis haben.

— In Hannover müssen die Bauern den größten Theil der Reiterei in's Quartier nehmen und theilweise verpflegen (die Entschädigung für Mann und Roß beträgt seit 1834 täglich 15 kr.). Die adeligen Grundbesitzer sind von dieser Last befreit. Im Jahre 1842 hatte die Ständeversammlung an das königliche Kabinet ein Schreiben erlassen, mit der Bitte, das Landvolk von dieser ungerechten Last zu befreien und die ganze Reiterei in Kasernen unterzubringen. Auf dieses Schreiben ist keine Antwort erfolgt. Ein Gutsbesitzer aus dem Bremischen, der Abg. Adickes hat nun den Antrag auf gleiche Vertheilung dieser Last erneuert, mit dem Zusatz, daß einstweilen statt 5 Groschen täglich 15 Groschen vergütet werden möchten.

— Ein Brief in der Kölner Z. aus dem Nassauischen zieht eine Vergleichung zwischen den Zuständen dieses Ländchens im Jahre 1816 und jetzt im Jahre 1846. Vor dreißig Jahren wurde die Verwaltung verbessert; jetzt erwartet man eine Verbesserung der Rechtspflege. Schon 1818 hatte Herzog Wilhelm bei Eröffnung der Stände erklärt, daß eine Commission ernannt werden solle, um ein auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit gestütztes Gerichtsverfahren auszuarbeiten. Achtundzwanzig Jahre sind seitdem verflossen; es wäre daher nicht unmöglich, daß die Commission, wenn sie sich noch am Leben befindet, in ihrer Arbeit einigermaßen vorgerückt sein könnte. Der Herzog — sagt der Brief in der Kölner Z. — hat Männer in seinem nächsten Vertrauen, welche die ganze Bedeutung der Gegenwart nach allen Seiten hin zu würdigen wissen. Er selber hat bereits durch seine eben so freisinnige als hochherzige Denkungsart in den religiösen Wirren große Popularität sich erworben. So verdient es auch im ganzen deutschen Vaterlande bekannt zu werden, welche allgemeine befriedigende Resultate die Regierung bei der Kammer-Erneuerung dießmal dadurch erlangte, daß sie die Wahlen unbedingt und im vollsten Vertrauen den Bürgern überlassen hat. Sie hat dadurch im Bewußtseyn des Volkes einen wahren Sieg errungen.

— Nach der Oberrheinischen Z. (Nr. 86) ist das Schicksal des dritten badischen Sängerfestes entschieden. Es wird nicht in Freiburg stattfinden. Die Vereine des Unterlandes wollen eine fröhliche Zusammenkunft an einem noch näher zu bestimmenden Orte des Mittelrheinkreises (Achern oder Offenburg?) halten, die Vereine des Oberlandes auf dem Oetlinger Berge. Bessert sich die Stimmung in Freiburg für den Gesang und wird eine Tonhalle gebaut, so kömmt vielleicht 1847 dort ein Sängerfest zu Stande.

— Unter den neuesten sechs Anträgen des Fürsten

Wrede, in denen er dem Minister v. Abel offene Verfassungsverletzung nachweist und eine Anklage gegen denselben beantragt, befindet sich eine Beschwerde gegen die Kinderbekehrung, welche seit sechs bis sieben Jahren in Bayern mit vieler Geschicklichkeit betrieben wird, im Widerspruche mit der Verfassung, welche eine Bestimmung enthält, wonach Minderjährige ihr Glaubensbekenntniß nicht ändern dürfen. Der Erzbischof von München-Freising behauptet dagegen in einer Eingabe an die Kammer der Reichsräthe, daß Kinder gerade am Leichtesten zu bekehren seien und dies kraft des Konkordates erlaubt sei, weßhalb man den betreffenden Paragraphen der Verfassung lieber ganz streichen und außer Wirksamkeit setzen solle. Ein Brief aus Bayern in der oberrhein. Z. äußert sich über diesen Punkt und bemerkt am Schlusse: „Da haben Sie nun ein Exempel von dem viel gerühmten und viel belobten Konservatismus (dem „Riesentödter" der Freiburger Z.) der Ultramontanen, die Alles erhalten (besser gesagt: „erhaschen") wollen, bis auf das, was ihnen nicht gefällt. Daß dieses ausgemerzt oder durch jesuitische Definition umgangen werde, finden sie ganz in der Ordnung. Fürwahr, dieser Vorgang enthält manche Lehre und eine bessere Moral als jede Fabel." —

— In Nr. 109 d. Bl. haben wir angeführt, wie der Gemeinderath zu Freiburg eine Petition vieler Bürger um Verwendung für die Wiederbesetzung offener Lehrstühle an der Universität nicht unterstützt, sondern unter der Hand dem Senate mitgetheilt hat, der sie ungnädig zurückgab. Der Gemeinderath bemerkte hierauf, er werde die Petition nicht weiter befördern. Unsere eigenen Gedanken über solche Abfertigung einer Bitte von fünfhundert Bürgern von Seiten ihrer gewählten Gemeindebehörde und über das, was etwa in jeder andern Stadt darauf erfolgen würde, hatten wir für uns behalten; wir dachten eben: Jeder wird behandelt, wie er es verdient; wollen es die Bittsteller nicht besser haben, so mögen sie die Antwort einstecken. Mit Vergnügen sehen wir aber heute aus der Beilage zur oberrheinischen Z, daß doch Einer und der Andere die Abfertigung zu würdigen verstanden hat. Die Entgegnung rechtfertigt die Eingabe der Bittsteller unter Anderem mit der Hinweisung auf das dürftige Verzeichniß der Vorlesungen für das Winterhalbjahr 1845/46, auf das Scheiden von Arnold, den Tod Perleb's, den offen ausgesprochenen Unmuth anderer ausgezeichneter Lehrer über unfreundliches Entgegenwirken von Seite städtischer Beamten in der Spitalangelegenheit, besonders aber auf die Thatsache, daß Freiburg vor nicht langer Zeit (als noch ein freier wissenschaftlicher Geist waltete) 700 Studenten hatte, während es jetzt kaum noch ein Drittheil zählt. Am Schlusse heißt es: „Der akademische Senat hat den fünfhundert Bürgern, welche der Universität Achtung, Liebe und Theilnahme kund geben wollten, sein Mißfallen darüber zu erkennen gegeben, wobei für den Augenblick den Bittstellern nur die Beruhigung bleibt, daß sie gethan haben, was sie als Pflicht erkannten, und der Wunsch, daß diese unfreundliche Zurückweisung ihrer wohlgemeinten Bitte, die Theilnahme der Bürgerschaft Freiburgs für die Hochschule nicht erkalten lassen werde.

— Der Zollausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer stellt in seinem Berichte den Antrag, die Regierung möge bei der nächsten Zollconferenz dahin wirken, daß: 1) der Leinwand, dem rohen, dem weißen und gezwirnten Leinengarn, 2) a. dem ungebleichten ein- und zweidräthigen Baumwollengarn, b. dem zu Zettel angeschlichteten Baumwollengarn, 3) dem Kammgarn, ein den gegenwärtigen Verhältnissen angemessener Schutzzoll zu Theil werde, 4) daß der den Handschuhen gewordene Zollschutz von 77 fl. auf 192 fl. 30 kr. erhöht, 5) daß der Zoll bei Reis auf die allgemeine Eingangsabgabe herabgesetzt, 6) daß die Zollcontirung aufgehoben, 7) daß eine bessere Verschlußmethode eingeführt werde. — Wenn Preußen Reichsstände hätte, so würde der deutschen Industrie der nothwendige Schutz, den alle süddeutschen Kammern im Einverständniß mit den Regierungen begehren, bald zu Theil werden. Das Sprichwort sagt: — wer nicht hören will, muß fühlen; aber leider muß die deutsche Industrie fühlen weil die preußische Regierung nicht hören will.

— Die Abendzeitung schreibt aus Nürnberg: Ein sehr wichtiger Fall beschäftigt dermalen die öffentliche Aufmerksamkeit. Dr. Rungaldier, ein junger Arzt, geborner Nürnberger, mithin bayerischer Unterthan, geht nach Italien, um zu Rom in den Jesuitenorden einzutreten. Dr. R. hat sich mit höherer Bewilligung das Indigenat vorbehalten; in Bayern aber ist das amtliche Verbot der Jesuiten — d. i. Ordensglieder unter diesem Namen — noch nicht zurückgenommen. Man fragt also, was soll geschehen, wenn R. als wirklicher und offen erklärter Namens-Jesuit in seine Vaterstadt einstmals zurückkehrt und daselbst etwa von einer Pension oder als Errichter einer Privatanstalt im bayerischen Unterthanenverbande leben will? Unser Stadtmagistrat hat in aller Eile eine sehr entschieden gehaltene Denkschrift an die Kammer der Abgeordneten gesandt und Alles wartet mit Spannung auf deren Schritte in einer so unerwarteten Sache. Die Süddeutsche Zeitung antwortet in solchen Fällen ganz einfach: Es gibt keine Jesuiten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

— Das Mannheimer Journal (Nr. 85) schildert den Gang der Karlsruher Z. wie folgt: „Heute enthält sie einen ruhig und gemessen gehaltenen, versöhnlichen leitenden Artikel, freilich etwas allgemein gehalten, jedoch so, daß man zu glauben berechtigt ist, wenn der in diesem Artikel waltende Geist der vorwaltende der Residenzzeitung würde, so wäre ein friedliches Zusammenwirken wohl möglich. Allein gleich am folgenden Tage erscheint ein Artikel, worin den würdigen Volksabgeordneten Zittel und Welcker Jesuitismus und falscher Liberalismus vorgeworfen werden. Heute spricht die Karlsruher Z. von gemäßigtem Fortschritt und Sittengesetz; frägt man sie, was sie darunter verstehe, so antwortet sie morgen, man gebe sich viele Mühe, sich in das Geschäft eines Großinquisitors einzuüben, man fordere sie zu einem Kreuzzug, zur Befreiung der Welt auf u. s. w.

Wir müssen eine Redaction beklagen, welche nicht Herrin in ihrem Hause ist und der die leitenden Artikel von Männern zugehen, denen sie keine abschlägige Antwort geben darf. Ein solcher unabweisbarer Artikel ist auch der durch seine Höflichkeit ausgezeichnete Artikel in Nr. 83. Wir haben so viel Zutrauen zu der Redaction der Karlsruher Z., anzunehmen, sie hätte diesen Artikel nicht aufgenommen, wenn sie nicht gemußt hätte. Sie hätte die von uns angegriffenen Karlsbader, die Bundestagsbeschlüsse von 1831 und 1833 und die Wiener Ministerial-Conferenzbeschlüsse von 1834 nicht Windmühlen nennen, uns nicht indirect für unverständig, unverbesserlich u. s. w. erklären lassen, wenn sie es hätte abwenden können."

— In der sächsischen zweiten Kammer ist am 13. März der Ausschußbericht über die Petitionen um Zurücknahme des Verbots von politischen Vereinen, Versammlungen und Reden vorgetragen worden. Der Antrag geht dahin, daß das Vereinsrecht auf gesetzlichem Wege geregelt und nicht dem Belieben der Polizei unterstehen soll. In Baden ist ein Gesetz über das Vereinsrecht im Jahre 1833 zu Stande gekommen und jetzt wird vielfach geklagt, daß die Polizei sich nicht daran kehre. Zur Erhaltung eines gesetzlichen Zustandes gehört aber mehr als ein geschriebenes Gesetz, nämlich ein politisch gebildetes, tüchtiges Volk.

— Alle Berichte aus Würtemberg stimmen darin überein, daß der Bau der Bodenseebahn von Ulm nach Friedrichshafen mit der größten Thätigkeit gefördert werden soll. Die ganze Strecke beträgt 20 Stunden und das Terrain ist durchaus günstig. Die Erd- und Wegarbeiten von Friedrichshafen bis Ravensburg sind ausgeschrieben und sollen bis Ende des Jahres vollendet sein. In Baden dagegen wird die Verbindung der Landesbahn mit dem Bodensee statt mit Schaufeln, mit Zeitungsartikeln betrieben. In den Zeitungen haben wir bereits drei Bahnen, in der Wirklichkeit ist noch nicht Eine entschieden.

— In Bremen erscheinen zwei Zeitungen, wovon die Eine, die Bremer Z. seit Neujahr unter der Leitung des Hrn. Dr. André sehr gut ist und daher den Lesegesellschaften u. s. w. empfohlen zu werden verdient. Die andere, die Weser Z., schwankt hin und her, bringt heute einen guten, morgen einen schlechten Artikel, entweder, weil sie es Jedermann recht machen will, was doch unmöglich ist, oder weil es ihr an gehöriger Einsicht und an Takt fehlt. In neuerer Zeit glauben wir in der Weser Z. zwei Vögel an ihren Federn zu erkennen. Der Eine ist Dr. B., früher liberal, jetzt Redakteur des russisch gesinnten und französisch geschriebenen Journal de Francfort, welcher aus Frankfurt, vom Main, aus Kassel, von Karlsruhe, kurz von aller Welt Enden her schreibt und die Weser Z., oder wenigstens ihre Leser anführt. Der Andere ist Dr. G., ein sehr vornehmer Herr, seiner Meinung nach, der sich den Ritter v. Gentz zum Vorbild genommen, den er aber nicht erreichen kann. Das wäre ihm am Ende gleichgültig, wenn er nur kaiserl. österreichischer Hofrath werden und die damit verbundenen Vortheile genießen könnte. Unter diesen traurigen Umständen eignet sich die Weser Z. trefflich zum Gebrauche für die Freiburger Z., seit diese einige Scheu vor dem rheinischen Beobachter bekommen. Sie druckt daher heute (Nr. 86) in ihrer Beilage einen Artikel von dem nationaldeutschen Hofpatrioten der Weserzeitung ab, der vornehm auf die badischen Wahlen heruntersieht und dann zu verstehen gibt, die allgemeine Preußische Zeitung und der Oesterreichische Beobachter seien schlecht redigirt und hätten daher in Frankreich die Meinung erregt, als herrsche Uneinigkeit zwischen beiden Mächten, ein Fehler, der nicht mehr vorkommen würde, wenn man ihn, den Hofpatrioten, in Berlin oder Wien als Redacteur eines der beiden Blätter anstellen würde. Wer mit dem einen Auge nach Wien, mit dem andern nach Berlin schielt, der hat bezüglich auf die Jesuitenfrage einen schweren Stand. Unser Hofpatriot weiß sich zu helfen. Er nennt die Jesuiten ein „allzuplumpes Wahlmährchen." In Wien mag man dies im Sinne des Süddeutschen Spruches: „Es gibt keine Jesuiten" auslegen, in Berlin als einen Hieb gegen den großartigen Orden; so sind beide zufrieden.

— Die Freiburger Z. hat heute auch einen Artikel vom See, der von allen bisher da gewesenen so weit verschieden ist, daß wir kaum begreifen können, wie ihn der Verfasser in die Gesellschaft der Artikel des Y. O. v. W. schicken mochte. Wir werden ihn morgen näher betrachten, nicht, weil wir keinen Platz, sondern weil wir keinen Raum in dieser Nummer haben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg